

Vorlesung „Deutsches und Europäisches Umweltrecht“

- Vorlesungsgliederung -

Übersicht:

1. Kapitel: Einführung

2. Kapitel: Deutsches Umweltrecht

1. Hauptteil: Grundlagen des Deutschen Umweltrechts

1. Abschnitt: Rechtsgrundlagen des Deutschen Umweltrechts

2. Abschnitt: Rechtsprinzipien des deutschen Umweltrechts

3. Abschnitt: Instrumente des deutschen Umweltrechts

4. Abschnitt: Verfahrensbeteiligung und Rechtsschutz im deutschen Umweltrecht

5. Abschnitt (Exkurs): Umweltprivatrecht und Umweltstrafrecht

2. Hauptteil: Ausgewählte gesetzliche Regelungen des allgemeinen Umweltrechts

1. Abschnitt: Umweltinformation

2. Abschnitt: Umwelthaftung

3. Hauptteil: Ausgewählte gesetzliche Regelungen des besonderen Umweltrechts I - Immissionsschutzrecht

1. Abschnitt: Rechtsgrundlagen des Deutschen Immissionsschutzrechts

2. Abschnitt: Der Aufbau des BImSchG

3. Abschnitt: Ziele, Geltungsbereich und Grundbegriffe des BImSchG

4. Abschnitt: Das Instrumentarium des BImSchG

4. Hauptteil: Ausgewählte gesetzliche Regelungen des besonderen Umweltrechts II - Naturschutzrecht

1. Abschnitt: Rechtsgrundlagen des Deutschen Naturschutzrechts

2. Abschnitt: Der Aufbau des BNatSchG

3. Abschnitt: Ziele, Geltungsbereich und Grundbegriffe des BNatSchG

4. Abschnitt: Das Instrumentarium des BNatSchG

3. Kapitel: Europäisches Umweltrecht

1. Hauptteil: Grundlage und Entstehung des Europäischen Umweltrechts

1. Abschnitt: Rechtsgrundlagen des Europäischen Umweltrechts

2. Abschnitt: Setzung des Europäischen Umweltrechts

3. Abschnitt: Unionsrechtliches Umweltrecht und nationales Umweltrecht

2. Hauptteil: Ziele, Prinzipien und Berücksichtigungsgebote des Europäischen Umweltrechts

1. Abschnitt: Ziele des Europäischen Umweltrechts

2. Abschnitt: Prinzipien des Europäischen Umweltrechts

3. Abschnitt: Berücksichtigungsgebote des Europäischen Umweltrechts

3. Hauptteil: Instrumente und Akteure des Europäischen Umweltrechts

4. Hauptteil: Sekundärrechtliche verfahrens- und materiell-rechtliche Regelungen des Europäischen Umweltrechts – Allgemeiner Teil

5. Hauptteil: Sekundärrechtliche Verfahrens- und materiell-rechtliche Regelungen des Europäischen Umweltrechts – Besonderer Teil

Detaillierte Gliederung:

1. Kapitel: Einführung

§ 1 Ein erster Blick auf das Umweltrecht

A. ALLTAGSERFAHRUNGEN MIT DEM UMWELTRECHT

I. Umweltrecht prägt alle Lebensbereiche

II. Umweltrecht ist komplex

III. Umweltrecht ist hochpolitisch

B. AKTUELLE BEISPIELE IM FOKUS

I. „Dieselgate“

II. Die (erneute) Diskussion um Feinstaubwerte und Fahrverbote

III. Die „Energiewende“ – Anlass und gegenwärtige Probleme

IV. Klimaschutz – „Fridays for Future“

§ 2 Gegenstand, Methode und Ziel der Vorlesung „Umweltrecht“

A. DAS „UMWELTRECHT“ ALS GEGENSTAND RECHTSWISSENSCHAFTLICHER BETRACHTUNG

I. Entwicklung und Entstehung des Rechtsgebiets „Umweltrecht“

1. Entwicklung und Entstehung des Rechtsgebiets „Umweltrecht“ im deutschen Recht

a) Die ersten Gesetze mit umweltrechtlichem Bezug

b) Die erste Hochphase der Umweltgesetzgebung: die 70er Jahre

c) Die 80er: Das Aufkommen des Rechtsgebiets „Umweltrecht“

d) Die 90er: Die zweite Hochphase der Umweltgesetzgebung

e) Nach der Jahrtausendwende: Das Umweltrecht als etabliertes Rechtsgebiet

f) Neuere Entwicklungen: Energieumweltrecht und Klimaschutzrecht

2. Entwicklung und Entstehung des Rechtsgebiets „Umweltrecht“ im Gemeinschafts- bzw. Unionsrecht

a) Die Entwicklung primärrechtlicher Regelungen

b) Beginn, Entwicklung und stetige Ausdifferenzierung des Sekundärrechts

II. Alte und neue Vorstellungen von Umweltrecht

1. Umweltrecht als spezialisiertes Polizei- und Ordnungsrecht

2. Umweltrecht als neue Form des Planungsrechts

3. Umweltrecht als Rechtsgebiet des umfassenden verwaltungsrechtlichen Instrumentenmixes

4. Fazit: Umweltrecht als Recht zum umfassenden Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen

III. Begriffsbestimmungen der Materie „Umweltrecht“

1. Der Begriff „Umwelt“

2. Der Begriff „Umweltschutz“

3. Begriff und Gegenstände des „Umweltrechts“

IV. Der Gegenstand der Vorlesung „Deutsches und Europäisches Umweltrecht“

B. METHODE

I. Beobachtungen zur Methodik des Rechtsgebietes Umweltrecht

1. Umweltrecht als überwiegend bundesrechtlich geregelte Materie

2. Umweltrecht als stark europarechtlich geprägte Materie

3. Umweltrecht als auch völkerrechtlich geprägte Materie

4. Umweltrecht als Recht in Mehrebenensystemen

5. Umweltrecht und Betroffene

a) Umweltrecht und Verwaltung

b) Umweltrecht und Bürger

c) Umweltrecht und Umweltverbände

d) Umweltrecht und Wirtschaft

II. Konsequenzen für die Methodik der Vorlesung

1. Ausgangspunkt: Unionsrechtliche Rechtslage

a) Primärrechtliche Bestimmungen

b) Sekundärrecht

2. Orientierung am nationalen Bundesrecht

- a) Die umweltrechtlichen Kerngesetze des Bundes
- b) Weitere bundesrechtliche Regelungen mit Bedeutung für das Umweltrecht
- c) Ergänzungen und Abweichungen durch Landesrecht

3. Berücksichtigung von umweltrechtlichen Leitfällen aus der Rechtsprechung

4. Berücksichtigung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Auswirkungen des Umweltrechts

C. ZIELE UND VORGEHENSWEISE

I. Vermittlung materiell-rechtlicher Grundkenntnisse

II. Erläuterung des Zusammenhangs zwischen materiellem Umweltrecht, allgemeinem Verwaltungsverfahrensrecht und Verwaltungsprozessrecht

III. Erwerb auch praktischer Fertigkeiten und Einblicke

IV. Diskussion praktischer Fälle

§ 3 Literaturempfehlungen für das Studium

A. LEHRBÜCHER

B. KOMMENTARE

C. FALLSAMMLUNGEN

§ 4 Organisatorisches

2. Kapitel: Deutsches Umweltrecht

1. Hauptteil: Grundlagen des Deutschen Umweltrechts

1. Abschnitt: Rechtsgrundlagen des Deutschen Umweltrechts

§ 5 Umweltverfassungsrecht des Bundes

A. DIE STAATZIELBESTIMMUNG DES ART. 20A GG

I. Charakter des Art. 20a GG

II. Inhaltliche Bedeutung

B. GRUNDRECHTE UND UMWELT

I. Spezifische Umweltgrundrechte?

1. *Kein explizites Umweltgrundrecht im Grundgesetz*
2. *Umweltbezogene Grundrechte in den Landesverfassungen*

II. Grundrechtsschutz auf dem Feld des Umweltrechts – Umweltrelevante Grundrechte im Grundgesetz im Überblick

1. *Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG*
2. *Art. 14 Abs. 1 GG*

III. Ausgewählte Problemfelder

1. Grundrechte und ihr Schutz vor Umweltschutzmaßnahmen des Staates

a) Rechte auf wirtschaftliche Freiheit und belastende Umweltschutzmaßnahmen

b) Rechte auf persönliche Freiheit und belastende Umweltschutzmaßnahmen

2. Ansprüche aus Grundrechten auf Umweltschutzmaßnahmen des Staates

a) Grundrechte als Abwehrrechte

b) Grundrechtliche Schutzpflichten

C. VERFASSUNGSPRINZIPIEN UND UMWELTSCHUTZ

I. Rechtsstaatsprinzip und Umweltschutz

1. Art. 20 III Satz 1 GG: Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes

2. Bestimmtheit von Umweltschutzgesetzen und -maßnahmen

3. Verhältnismäßigkeit von Umweltschutzmaßnahmen

II. Demokratieprinzip und Umweltschutz

III. Sozialstaat und Umweltschutz

1. Sozialstaat als Grenze umweltbezogener Maßnahmen

- a) Sozialstaatliche Obergrenzen der Kosten von Umweltmaßnahmen
- b) Unzulässigkeit des Ausschlusses von Bevölkerungsgruppen an der Teilhabe des gesamtgesellschaftlichen Wohlstandes durch Umweltschutzmaßnahmen

2. Sozialstaat als Auslöser/Bedingung umweltbezogener Maßnahmen

D. BUNDESSTAAT UND UMWELTSCHUTZ: DIE KOMPETENZVERTEILUNG IM BEREICH DES UMWELTRECHTS

I. Gesetzgebungskompetenzen

1. Zuständigkeiten des Bundes

- a) Ausschließliche Zuständigkeiten
- b) Konkurrierende Zuständigkeiten
- c) Die Fortwirkung der früheren Rahmengesetzkompetenz über Art. 125b GG

2. Zuständigkeiten der Länder

- a) Ausschließliche Zuständigkeiten
- b) Konkurrierende Zuständigkeiten

c) Ausfüllende Zuständigkeiten

II. Verwaltungskompetenzen

1. Landesverwaltung

2. Bundesverwaltung

3. Verwaltungskompetenzen der Gemeinden und Kreise

E. Reform des Umweltverfassungsrechts

§ 6 Einfach-gesetzliche Regelungen – Überblick

A. ALLGEMEINES UMWELTRECHT DES BUNDES

B. BESONDERES UMWELTRECHT DES BUNDES

C. UMWELTRECHT DER LÄNDER

D. UMWELTRELEVANTE NORMGEBUNG DURCH KOMMUNEN

2. Abschnitt: Rechtsprinzipien des deutschen Umweltrechts

§ 7 Das Vorsorgeprinzip (einschließlich Schutzprinzip)

A. INHALT

B. NORMATIVE AUSPRÄGUNGEN

§ 8 Das Verursacherprinzip

A. INHALT

B. NORMATIVE AUSPRÄGUNGEN

§ 9 Das Kooperationsprinzip

A. INHALT

B. NORMATIVE AUSPRÄGUNGEN

§ 10 Weitere Prinzipien

3. Abschnitt: Instrumente des deutschen Umweltrechts

§ 11 Instrumente der direkten Verhaltenssteuerung

A. GE- UND VERBOTE

B. PRÄVENTIVE KONTROLLVERFAHREN

C. REPRESSIVE MAßNAHMEN

§ 12 Instrumente der indirekten Verhaltenssteuerung

A. ÖKONOMISCHE INSTRUMENTE

B. UMWELTINFORMATION

C. ABSPRACHEN UND ZIELVEREINBARUNGEN

§ 13 Planungsrechtliche Instrumente

§ 14 Umweltverträglichkeitsprüfung

A. ZWECK

B. REGELUNGSGEGENSTÄNDE

C. RECHTSSCHUTZFRAGEN

§ 15 Sonstige Instrumente

4. Abschnitt: Verfahrensbeteiligung und Rechtsschutz im deutschen Umweltrecht

§ 16 Beteiligung von Bürgern, Verbänden und Behörden in umweltrelevanten Verwaltungsverfahren

A. BETEILIGUNGSRECHTE

B. BETEILIGUNGSFORMEN

§ 17 Rechtsschutz durch Verwaltungsgerichte

A. EINFÜHRUNG

I. Entwicklung

II. Nationale Rechtsgrundlagen

1. *VwGO*

2. *UmwRG*

3. *Besondere prozessuale Regelungen in Umweltgesetzen*

III. Einfluss des Unionsrechts

IV. Völkerrechtliche Einflüsse

B. ZULÄSSIGKEITSPROBLEME VON UMWELTRECHTSSCHUTZBEZOGENEN RECHTSSCHUTZFORMEN

I. Rechtsschutzformen

II. Klagebefugnis

**C. BEGRÜNDETHEITSPROBLEME BEI
UMWELTRECHTSSCHUTZBEZOGENEN RECHTSSCHUTZFORMEN**

I. Administrative Entscheidungsspielräume und gerichtliche Kontrolldichte

II. Entscheidungsinhalt

**D. PRAKTISCHE PROBLEME DES VERWALTUNGSGERICHTLICHEN
RECHTSSCHUTZES**

I. Massenverfahren

II. Tatsachenklärung

§ 18 Rechtsschutz durch andere Gerichte

A. RECHTSSCHUTZ DURCH DIE ORDENTLICHE GERICHTSBARKEIT

B. RECHTSSCHUTZ DURCH FINANZ- UND SOZIALGERICHE

5. Abschnitt (Exkurs): Umweltpflichtrecht und Umweltstrafrecht

§ 19 Umweltpflichtrecht (Überblick)

A. UMWELTRECHTSBEZOGENE ANSPRUCHSGRUNDLAGEN IM BGB

B. SPEZIALGESETZLICHE ANSPRUCHSGRUNDLAGEN

§ 20 Umweltstrafrecht (Überblick)

A. UMWELTRECHTSBEZOGENE STRAFTATBESTÄNDE IM STGB

I. Gemeinsame Kennzeichen

II. Geschützte Rechtsgüter

B. SPEZIELLE STRAFTATBESTÄNDE IN UMWELTGESETZEN

I. Beispiel 1: Strafnormen im BNatSchG

II. Beispiel 2: Strafnormen im BImSchG

2. Hauptteil: Ausgewählte gesetzliche Regelungen des allgemeinen Umweltrechts

1. Abschnitt: Umweltinformation

§ 21 Die Umweltinformationsgesetze des Bundes und der Länder

A. EINFÜRHUNG

B. BEGRIFF DER UMWELTINFORMATION NACH DEM UIG

C. ANSPRUCH AUF UMWELTINFORMATION NACH DEM UIG

I. Anspruchsgrundlagen

II. Anspruchsvoraussetzungen

III. Anspruchsgrenzen

D. KOSTEN

E. EXKURS: INFORMATIONANSPRÜCHE AUS ANDEREN GESETZEN

2. Abschnitt: Umwelthaftung

§ 22 Das Umweltschadensgesetz

A. ANWENDUNGSBEREICH

B. BEGRIFFLICHKEITEN

C. HAFTUNGSSYSTEM

§ 23 Das Umwelthaftungsgesetz

A. ANWENDUNGSBEREICH

B. BEGRIFFLICHKEITEN

C. HAFTUNGSSYSTEM

3. Hauptteil: Ausgewählte gesetzliche Regelungen des besonderen Umweltrechts I – Immissionsschutzrecht

1. Abschnitt: Rechtsgrundlagen des Deutschen Immissionsschutzrechts

§ 24 Europäische Vorgaben

§ 25 Bundesrechtliche Regelungen

A. BIMSCHG

B. VERORDNUNGEN ZUM BIMSCHG

C. SONSTIGE VORSCHRIFTEN

§ 26 Landesrechtliche Regelungen

A. LANDESIMMISSIONSSCHUTZGESETZE

B. LANDESRECHTLICHE VERORDNUNGEN

C. IMMISSIONSSCHUTZBEZOGENE REGELUNGEN IN KOMMUNALEN SATZUNGEN

2. Abschnitt: Der Aufbau des BImSchG

§ 27 Einführung in das BImSchG

§ 28 Der anlagenbezogene Immissionsschutz

§ 29 Der produktbezogene Immissionsschutz

§ 30 Der verkehrsbezogene Immissionsschutz

§ 31 Der gebietsbezogene Immissionsschutz

3. Abschnitt: Ziele, Geltungsbereich und Grundbegriffe des BImSchG

§ 32 Ziele des BImSchG

§ 33 Geltungsbereich des BImSchG

§ 34 Grundbegriffe des BImSchG

A. IMMISSIONEN

B. EMISSIONEN

C. SCHÄDLICHE UMWELTEINWIRKUNGEN

D. STAND DER TECHNIK

4. Abschnitt: Das Instrumentarium des BImSchG

§ 35 Instrumente der direkten Verhaltenssteuerung

A. ÜBERBLICK

B. GE- UND VERBOTE

C. KONTROLLINSTRUMENTE

I. Überblick

II. Insbesondere: Die Genehmigung von Anlagen

1. Genehmigungsbedürftigkeit von Anlagen

- a) Normative Bestimmung der Genehmigungsbedürftigkeit durch die 4. BImSchV
- b) Kriterien der 4. BImSchV für die Genehmigungsbedürftigkeit von Anlagen

2. Genehmigungsfähigkeit von genehmigungsbedürftigen Anlagen

a) Genehmigungsverfahren

aa) Formelles Genehmigungsverfahren

bb) Vereinfachtes Genehmigungsverfahren

b) Materielle Voraussetzungen der Genehmigungserteilung gemäß § 6 BImSchG

- aa) Einhaltung der Betreiberpflichten nach § 5 BImSchG
- bb) Einhaltung der Pflichten aus Rechtsverordnungen nach § 7 BImSchG
- cc) Einhaltung anderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften und Belange des Arbeitsschutzes

3. Genehmigungsformen

- a) Vollgenehmigung
- b) Teilgenehmigung
- c) Vorbescheid

4. Genehmigungswirkungen

- a) Konzentrationswirkung
- b) Privatrechtsgestaltende Wirkung

5. Nebenbestimmungen zur Genehmigung

6. Anspruch auf Genehmigung

7. Rechtsschutzfragen

- a) Rechtsschutz des Anlagenbetreibers gegen die Versagung der Genehmigung
- b) Rechtsschutz Dritter gegen die Erteilung der Genehmigung

D. REPRESSIVE INSTRUMENTE

I. Überblick

II. Insbesondere: Repressive Maßnahmen gegen den Betreiber einer genehmigungsbedürftigen Anlage

1. *Untersagung, Stilllegung und Beseitigung*
2. *Widerruf der Genehmigung*

III. Insbesondere: Repressive Maßnahmen gegen den Betreiber einer nicht genehmigungsbedürftigen Anlage

1. *Anordnungen im Einzelfall*
2. *Untersagung*

§ 36 Planungsrechtliche Instrumente

A. ÜBERBLICK

B. DER PLANUNGSGRUNDSATZ DES § 50 BIMSCHG

C. LUFTREINHALTEPLANUNG

D. LÄRMINDERUNGSPLANUNG

4. Hauptteil: Ausgewählte gesetzliche Regelungen des besonderen Umweltrechts II – Naturschutzrecht

1. Abschnitt: Rechtsgrundlagen des Deutschen Naturschutzrechts

§ 37 Völkerrechtliche und Europäische Vorgaben

A. VÖLKERRECHTLICHE REGELUNGEN

B. UNIONSRECHTLICHE REGELUNGEN

§ 38 Bundesrechtliche Regelungen

§ 39 Landesrechtliche Regelungen

2. Abschnitt: Der Aufbau des BNatSchG

§ 40 Einführung in das BNatSchG

§ 41 Landschaftsplanung

§ 42 Schutz von Natur und Landschaft

A. ALLGEMEINER SCHUTZ

B. SCHUTZ BESTIMMTER TEILE VON NATUR UND LANDSCHAFT

§ 43 Schutz der wildlebenden Tier- und Pflanzenarten, ihrer Lebensstätten und Biotope

§ 44 Meeresnaturschutz

§ 45 Erholung in Natur und Landschaft

§ 46 Mitwirkung von anerkannten Naturschutzvereinigungen

§ 47 Sonstige Regelungen

3. Abschnitt: Ziele, Geltungsbereich und Grundbegriffe des BNatSchG

§ 48 Ziele des BNatSchG

§ 49 Geltungsbereich des BNatSchG

§ 50 Grundbegriffe des BNatSchG

A. DIE LEGALDEFINITIONEN DES § 7 ABS. 1 UND 2 BNATSCHG

I. Umfassender, aber nicht abschließender Katalog

II. Rechtsmethodische Probleme der gesetzlichen Definitionstechnik

B. AUSGEWÄHLTE BEGRIFFE UND PROBLEME DER BEGRIFFSBESTIMMUNG

I. Biologische Vielfalt

II. Naturhaushalt

III. Erholung

4. Abschnitt: Das Instrumentarium des BNatSchG

§ 51 Planungsrechtliche Instrumente

A. ÜBERBLICK

B. LANDSCHAFTSPLANUNG

§ 52 Eingriffsregelung

§ 53 Flächen- und Objektschutz durch Schutzgebietsausweisungen

A. ERSCHEINUNGSFORMEN VON SCHUTZGEBIETEN

B. SCHUTZGEBIETSausWAHL UND -AUSWEISUNG

C. NETZ „NATURA 2000“

§ 54 Instrumente der direkten Verhaltenssteuerung

A. ÜBERBLICK

B. GE- UND VERBOTE

**C. REPRESSIVE INSTRUMENTE ZUR DURCHSETZUNG VON GE- UND
VERBOTEN**

3. Kapitel: Europäisches Umweltrecht

1. Hauptteil: Grundlage und Entstehung des Europäischen Umweltrechts

1. Abschnitt: Rechtsgrundlagen des Europäischen Umweltrechts

§ 55 Primärrecht

A. UMWELTRECHTLICHE REGELUNGEN IM EUV

I. Art. 3 Abs. 3 Unterabsatz 1 Satz 2 EUV: Unionsziel „hohes Maß an Umweltschutz“

1. Inhalt der Zielnorm

2. Charakter und Bedeutung der Zielnorm

3. Verhältnis zu anderen Zielnormen

II. Art. 3 Abs. 5 Satz 2 EUV: Unionsziel „Nachhaltige Entwicklung“

1. Inhalt der Zielnorm

2. Charakter und Bedeutung der Zielnorm

B. UMWELTRECHTLICHE REGELUNGEN IM AEUV

I. Art. 4 Abs. 2 Buchstabe e) AEUV: Geteilte Zuständigkeit im Bereich des Umweltschutzes

1. Inhalt der Kompetenzregelung

2. Bedeutung und Charakter der Kompetenzregelung

3. Konkretisierung durch Art. 191 ff. AEUV

II. Art. 11 AEUV: „Querschnittsklausel“

1. Inhalt der Querschnittsklausel

2. Charakter der Querschnittsklausel

3. Bedeutung und Wirkung der Querschnittsklausel

III. Art. 114 Abs. 3 und 4 AEUV: Rechtsangleichungsklauseln

1. Inhalt der Vorschriften zur Rechtsangleichung im Binnenmarkt

2. Bedeutung und Charakter

3. Grenzen

IV. Art. 191 ff. AEUV: Umweltpolitik der EU

1. Inhalt der Regelungen des Titels XX. des AEUV

2. Charakter

3. Bedeutung

4. Grenzen

V. Art. 194 AEUV: Energiepolitik als Umweltschutz?

1. Inhalt der Regelungen des Titels XXI. des AEUV

2. Charakter

3. Bedeutung

4. Grenzen

5. Verhältnis zu Titel XX.

C. UMWELTRECHTLICHE REGELUNGEN IN DER GRUNDRECHTE-CHARTA

I. Art. 37 Grundrechte-Charta

1. Inhalt

2. Charakter

3. Bedeutung

4. Grenzen

II. Sonstige Bestimmungen der Grundrechte-Charta mit Bedeutung für den Umweltschutz

III. Reform und Weiterungen des europäischen Grundrechtsschutzes: das prozedurale Umweltgrundrecht

§ 56 Sekundärrecht

A. VERORDNUNGEN

I. Charakter

II. Verordnungen mit umweltrechtlicher Regelungstendenz (im Überblick)

B. RICHTLINIEN

C. BESCHLÜSSE

D. PROGRAMME

E. STELLUNGNAHMEN UND EMPFEHLUNGEN

2. Abschnitt: Setzung des Europäischen Umweltrechts

§ 57 Rechtsetzungskompetenz der Union

A. KOMPETENZTITEL

I. Ausgangspunkt: Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung

II. Kompetenztitel auf dem Feld des Umweltschutzes

1. Art. 191 ff. AEUV

2. Art. 114 AEUV

3. Sonstige Kompetenztitel

III. Kompetenzergänzungsklausel, Art. 352 AEUV

B. ABGRENZUNG DER KOMPETENZTITEL

I. Einführung

1. Notwendigkeit der Abgrenzung

2. Konsequenzen

II. Abgrenzung von Umweltschutz- und Binnenmarktkompetenz

1. Unterschiede und Gemeinsamkeiten beider Kompetenztitel

2. Abgrenzungsversuche

3. Vorrangtheorien

III. Abgrenzung der Umweltschutzkompetenz zu anderen Kompetenztiteln

1. Umweltschutz und Verkehr

2. Umweltschutz und Handelspolitik

C. CHARAKTER UND STRUKTUR DER KOMPETENZTITEL

§ 58 Rechtssetzungsverfahren

A. EINFÜHRUNG

B. ORDENTLICHES GESETZGEBUNGSVERFAHREN

C. MITENTSCHEIDUNGSVERFAHREN

D. NACHGEORDNETE RECHTSSETZUNG (TERTIÄRES UNIONSRECHT)

3. Abschnitt: Unionsrechtliches Umweltrecht und nationales Umweltrecht

§ 59 Fehlendes Unionsrecht: Das Recht der Mitgliedstaaten zur Setzung originären nationalen Umweltrechts

A. VORAUSSETZUNG FÜR DIE SETZUNG ORIGINÄREN NATIONALEN UMWELTRECHTS

B. GRENZEN ORIGINÄREN NATIONALEN UMWELTRECHTS

I. Nationales Umweltrecht und Warenverkehrsfreiheit

II. Nationales Umweltrecht und Dienstleistungsfreiheit

III. Sonstige unionsrechtliche Grenzen

§ 60 Schutzverstärkendes nationales Umweltrecht

A. RECHTSGRUNDLAGEN FÜR DIE SETZUNG SCHUTZVERSTÄRKENDEN NATIONALEN UMWELTRECHTS

I. Erste mögliche Rechtsgrundlage: Art. 193 AEUV

II. Zweite mögliche Rechtsgrundlage: Art. 114 AEUV

B. VORAUSSETZUNG UND GRENZEN DES SCHUTZVERSTÄRKENDEN NATIONALEN UMWELTRECHTS

I. Voraussetzungen und Grenzen des Art. 193 AEUV

II. Voraussetzungen und Grenzen des Art. 114 AEUV

III. Allgemeine unionsrechtliche Grenzen

§ 61 Unionsrechtumsetzendes nationales Umweltrecht

A. GRUNDLAGEN DER UMSETZUNGSPFLICHT DER MITGLIEDSTAATEN

B. UMSETZUNGSFÄHIGE UND UMSETZUNGSBEDÜRFIGE UNIONSRECHTSAKTE

I. Überblick über Unionsrechtsakte auf dem Feld des Umweltrechts

II. Implementierung durch Rechtsetzung - insbesondere die Umsetzung von Richtlinien

III. Implementierung durch Verwaltungsvollzug: insbesondere die Umsetzung von Verordnungen und umgesetzten Richtlinien

C. FOLGEN VON UMSETZUNGSDEFIZITEN

2. Hauptteil: Ziele, Prinzipien und Berücksichtigungsgebote des Europäischen Umweltrechts

1. Abschnitt: Ziele des Europäischen Umweltrechts

§ 62 Der Zielkatalog des Art. 191 Abs. 1 AEUV

§ 63 Das Ziel der nachhaltigen Entwicklung , Art. 3 Abs. 3 S. 2 und Abs. 5 S. 2 EUV, Art. 11 AEUV

2. Abschnitt: Prinzipien des Europäischen Umweltrechts

§ 64 Grundlagen

A. ÜBERBLICK ÜBER DIE PRINZIPIEN

B. CHARAKTER DER PRINZIPIEN

C. KATEGORIEN VON PRINZIPIEN

§ 65 Das Vorsorgeprinzip

A. BEDEUTUNGSEBENEN

B. INHALT DES PRINZIPS

C. KONSEQUENZEN

§ 66 Das Vorbeugungsprinzip

§ 67 Das Ursprungsprinzip

§ 68 Das Verursacherprinzip

§ 69 Das Kooperationsprinzip

§ 70 Weitere Prinzipien?

3. Abschnitt: Berücksichtigungsgebote des Europäischen Umweltrechts

§ 71 Erscheinungsformen von Berücksichtigungsgeboten

3. Hauptteil: Instrumente und Akteure des Europäischen Umweltrechts

§ 72 Instrumente

A. ÜBERBLICK

B. PLANUNGSRECHTLICHE INSTRUMENTE

C. INSTRUMENTE DER DIREKTEN VERHALTENSSTEUERUNG – ADMINISTRATIVE KONTROLLINSTRUMENTE

D. INSTRUMENTE DER INDIREKTEN VERHALTENSSTEUERUNG

E. INSTRUMTE DES KONSENSUALEN ZUSAMMENWIRKENS MIT PRIVATEN

F. EIGENVORNAHME DER UNION UND DES STAATES

§ 73 Akteure

A. ÜBERBLICK

B. EINZELNE WICHTIGE AKTEURE DER UNION

I. Die Kommission

II. Der Rat

III. Das Europäische Parlament

IV. Der Wirtschafts- und Sozialausschuss der Regionen

V. Die Europäische Umweltagentur

VI. Der EuGH

C. PRIVATE AKTEURE

I. Der einzelne Private

II. Verbände und Interessenvereinigungen

4. Hauptteil: Sekundärrechtliche verfahrens- und materiell-rechtliche Regelungen des Europäischen Umweltrechts – Allgemeiner Teil

§ 74 Überblick

A. GEREGELTE BEREICHE

B. NICHTGEREGELTE BEREICHE

§ 75 Regelungen zur Umweltverträglichkeitsprüfung

§ 76 Regelungen im Bereich Umweltinformation

§ 77 Regelungen im Bereich des Verfahrensrechts, insbesondere der Anlagengenehmigung

§ 78 Regelungen im Bereich der Umwelthaftung

5. Hauptteil: Sekundärrechtliche Verfahrens- und materiell-rechtliche Regelungen des Europäischen Umweltrechts – Besonderer Teil

§ 79 Überblick

A. GEREGELTE BEREICHE

B. NICHTGEREGELTE BEREICHE

§ 80 Ausgewählte geregelte Bereiche nach Sachmaterien

A. REGELUNGEN IM BEREICH DES NATURSCHUTZRECHTS

B. REGELUNGEN IM BEREICH DES GEWÄSSERSCHUTZRECHTS

C. REGELUNGEN IM BEREICH DES LUFTREINHALTERECHTS

D. REGELUNGEN IM BEREICH DES LÄRMSCHUTZRECHTS

E. REGELUNGEN IM BEREICH DES ABFALLRECHTS